

Worum geht es den Parteiführern?

Nichts als Ränke

Im Oktober 1923 glaubten die Moskauer Machthaber, dass Deutschland eine leichte Beute kommunistischer Umsturzbestrebungen sein werde. Die äusseren Vorbedingungen schienen damals in der Tat gegeben. Das deutsche Volk wurde durch die Folgen des Ruhrkrieges, der von Dr. Helfferich, dem wichtigsten Ratgeber der Cuno-Regierung, noch leichtherziger finanziert worden war, als der Weltkrieg, an den Rand der Verzweiflung gebracht. In der Einleitung zu der deutschen Ausgabe der Trotzki'schen Streitschrift „1917“, die in Russland die erregtesten Diskussionen in der bolschewistischen Partei hervorgerufen hat, sagt der frühere kommunistische Abgeordnete Paul Levi:

„Vielleicht ist noch nicht irgendwo im kurzen Zeitraum von ein paar Monaten eine so völlige Unterwühlung aller gesellschaftlichen Verhältnisse eingetreten wie damals in Deutschland. Es war ein viel stärkerer gesellschaftlicher Erdrutsch als der, den Trotzki als Grundlage der bolschewistischen Revolution schildert.“

Wie kam es, dass trotzdem die kommunistischen Hoffnungen so kläglich scheiterten? Scheiterten, obwohl gleichzeitig vom anderen Ende her, von Kahr, Hitler und Ludendorff, die

Widerstandskraft gegen Putschparolen erschüttert wurde? Die Gerechtigkeit erfordert es, anzuerkennen, dass in jenen kritischen Tagen die Sozialdemokratische Partei und ihre gewerkschaftlichen Organisationen, ebenso wie in den schweren Kriegsjahren, ihren ganzen Einfluss aufboten, um die verzweifelten Massen im Zaum zu halten und das Staatswesen vor dem Zusammenbruch zu retten. Besonders gross war das Verdienst der preussischen Regierung, die unter der Führung der Sozialdemokraten Braun und Severing alle staatsbeherrschenden Kräfte zusammenfasste und in gärender Zeit Preussen zu einem Hort der Ordnung, zum ruhenden Pol in der Erscheinungen Fluchtmachte.

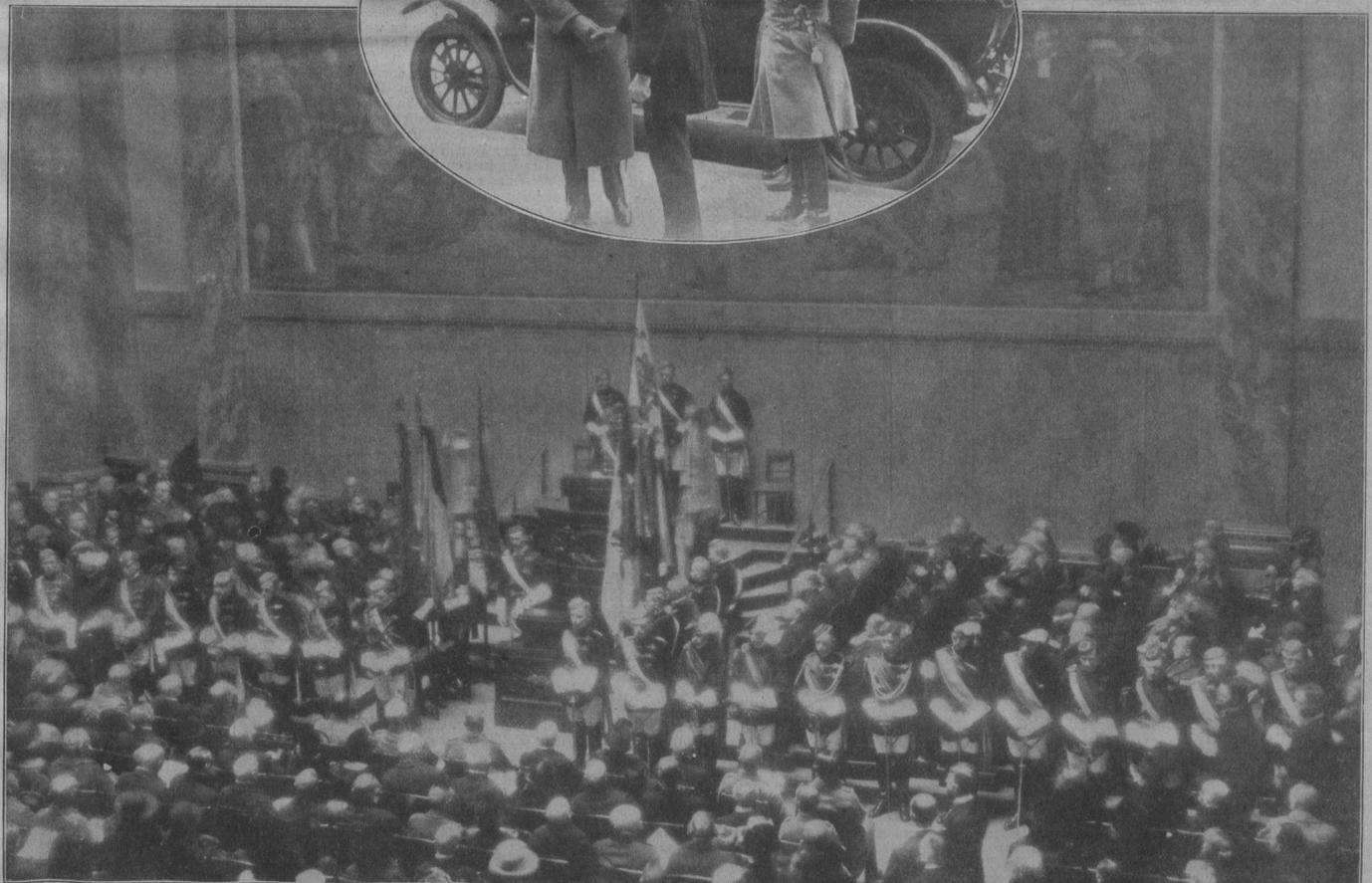
Umso unbegreiflicher ist es, dass eine der

Parteien, die bisher in der preussischen Regierung vertreten war, die Deutsche Volkspartei, ohne jeden sachlichen Grund mit allen Mitteln den Versuch unternimmt, die preussische Regierung zu stürzen und die Sozialdemokraten in die Opposition zu drängen. So weit ging die Parteileidenschaft, dass Deutschnationale und Deutschvölkische und die meisten Mitglieder der Deutschen Volkspartei nicht einmal bei der Besetzung des nördlichen Rheinlands auf die Bekundung ihrer Ministersturzabsichten verzichteten. Sie verliessen den Saal, als der preussische Ministerpräsident das Wort nahm, um gegen Willkür und Unrecht Verwahrung einzulegen, und kehrten erst zurück, als der kommunistische Redner an der Reihe war. In dieser Demonstration, die einen Schlag ins Gesicht für das Rheinland bedeutete, kam der masslose Aegerger, die bittere Enttäuschung zum Ausdruck, die sich der deutschnationalen Krisenmacher bemächtigt hat, seit es feststeht,

dass der Ansturm auf Preussen mindestens im ersten Anlauf gescheitert ist. Man kann diesen Aegerger verstehen und an sich mildernde Umstände zubilligen. Aber musste dieser Aegerger gerade bei einer Frage zum Ausdruck gebracht werden, deren überparteilicher, im besten Sinne nationaler Charakter selbst der hemmungslosesten Opposition eine gewisse Zurückhaltung auferlegen sollte? Können sich die Rechtsparteien wundern, wenn man zu der Auffassung kommt, dass sie ihre parteipolitischen Machtziele für wichtiger halten als das Schicksal des rheinischen Landes und der rheinischen Menschen?

Der Kampf gegen den Präsidenten

Diese Haltung hat in den eigenen Reihen der Deutschen Volkspartei so viel Widerspruch gefunden, dass sie es vorzog, die Wiederholung desselben Manövers bei der programmatischen Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Braun zu unterlassen. Auch sonst scheint die Deutsche Volkspartei es peinlich zu empfinden, dass die Deutschnationalen sich noch weniger als früher Zügel bei der Bekundung ihrer Verfassungsgegnerschaft auferlegen. Wenn eine Oppositionspartei unter dem früheren Regime sich ähnlich betragen hätte, so wären alle konservativen Kreise darüber einig gewesen, dass es sich um die Bekundung staatsfeindlicher Gesinnungen, um offenkundige Umsturzbestrebungen handle. Die deutschnationale Presse benützt die Aufdeckung hässlicher Finanz-Skandale, bei denen sich leider gerade auch in den



Ein Bekenntnis deutscher Studenten zur Republik:

Reichsgründungsfeier der Berliner Studentenschaft in der Universitätsaula. Oben: General v. Seeckt begibt sich in die Universitätsaula, um dem Festakt beizuwohnen.

Phot.: Continental